



STRAFRECHTSREFORM: ANKARA VERTEILT ZUCKER AN REAKTIONÄRE BASIS

CSU auf Türkisch

Die Nachricht klingt zunächst einmal absurd. Die Türkei diskutiert ihr letztes großes Reformpaket vor der EU-Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen, und das Ergebnis ist: Ehebruch soll strafbar werden. Was hat das mit einer Anpassung an EU-Normen zu tun, wo solche großen Eingriffe in die Privatsphäre dank heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in den letzten zwanzig Jahren überall abgeschafft wurden?

Früher hätte man gesagt, das ist Dialektik, heute kann man es, weniger kompliziert, schlicht als taktisches Manöver einer konservativ islamischen Partei bezeichnen, die nach Europa will und dafür Beruhigungspillen an ihre Basis verteilt. Es geht um eine grundlegende Reform des türkischen Strafrechtbuchs, die vielen in der AKP viel zu weit geht und ihrer Meinung nach die Handschrift der eigenen Partei vermissen lässt.

Deshalb haben nun AKP-Abgeordnete mit Rückendeckung des Justizministers angekündigt, sie werden einen Antrag einbringen, Ehebruch unter Strafe zu stellen, und auch versuchen, das Kopftuchverbot wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Opposition tut ihre Pflicht und spricht von dem Versuch, ein an sich progressives Gesetzesvorhaben von hinten durch die Brust ins Auge islamisch zu unterwandern. Tatsächlich wäre die Einführung der Strafbarkeit von Ehebruch ein Anachronismus, nicht nur im Verhältnis zu anderen EU-Ländern, sondern auch in der Türkei selbst. Ehebruch ist seit Jahrzehnten nicht mehr strafbar, im Gegenteil: Erst im letzten Jahr hat man im Zivilrecht Ehebruch als schuldhaften Scheidungsgrund abgeschafft. Strafbewehrung von Ehebruch wäre also auch rechtssystematisch Unsinn.

Was sich im Vorfeld der Parlamentsentscheidung jetzt zeigt, ist das reaktionäre Gesellschaftsbild vieler AKP-Funktionäre. Sie sind so etwas wie die CSU auf Türkisch. Dass ihre Forderung tatsächlich Gesetz wird, ist aber unwahrscheinlich. AKP-Chef Tayyip Erdogan hat schon mehrfach bewiesen, dass er seiner Basis zwar rhetorisch Zucker geben kann, wenn es dann darauf ankommt aber doch auf die gesellschaftliche Mehrheit zugeht und auch auf Stirnrünzeln aus den EU-Hauptstädten sehr sensibel reagiert. JÜRGEN GOTTSCHLICH

LANDWIRTE LEIDEN UNTER IHREN FUNKTIONÄREN, NICHT UNTER DEM WETTER

Fehlende Bauernweisheit

Da lacht der Landwirt. Denn dieses Jahr stimmt die alte Bauernweisheit: „Mai kühl und nass, fillt dem Bauern Scheun und Fass.“ Doch freilich hält die Freude nicht lange an. In guter alter Manier jammert der Berufsstand schon wieder, selbst die rekordverdächtige Ernte rechne sich nicht. Dafür seien die Preise zu sehr im Keller. Recht haben sie, die Landwirte, nur: Sie sind daran zu großen Teilen selbst schuld. Nicht der Einzelne, der sich abrackert, um seinen Hof zu halten. Doch ihre Vertreter in den Verbänden, Genossenschaften und Unternehmern.

Tatsächlich macht den Bauern in erster Linie nämlich nicht das Wetter zu schaffen. Vielmehr ist es der ruinöse Preiskampf in den Regalschluchten von Edeka, Aldi, Lidl, Rewe, Metro. Die Big Five des Handels sind geradezu übermächtig und drücken die Preise. Das können sie, weil ihnen Molkereibetriebe, Fleischfabriken oder Zuckerproduzenten schlichtweg zu wenig Paroli bieten. Sie haben die Interessen ihrer Produzenten nicht mehr im Blick, sondern nur noch ihre kurzfristigen Gewinne als

Aktiengesellschaften. Und das, obwohl Bauern Genossen bei Nordmilch eG sind. Bauern im Aufsichtsrat der Nordfleisch AG sitzen und Bauern Aktien an der Südzucker AG halten. Mindestens einer der Konzerne schlägt in jeden noch so aberwitzigen Billighandel ein.

Leisten können sich das nur die großen Höfe, die kleinen verhungern. So rächt sich nun, dass die Landwirtschaft schale Milch, blasse Eier oder wässrige Schnitzel seit Jahren wie am Fließband produziert. Heutzutage sind Kühe derart getrimmt, dass sie 30 Liter Milch am Tag geben – das ist so, als würde ein Mensch jeden Tag einen Marathon laufen. Hauptsache Masse ist es, was die meisten konventionellen Bauern ihren Kunden aufstischen. Dafür überdüngen sie die Acker, besprühen das Obst mit Giften und pflügen beim Tierfutter.

In Norddeutschland wollen nun 3.300 Bauern ihren Rohstoff Milch ab sofort wieder zu ehrlichen Preisen selbst vermarkten – und kündigten ihren Molkereien. Gute Idee. Viel Glück!

HANNA GERSMANN

EUROPA SCHWEIGT ZUR TRAGÖDIE IN TSCHETSCHENIEN – DAS RÄCHT SICH

Russischer Zynismus

In Wolgograd beerdigten am Sonntag Angehörige die Opfer des Terroranschlages auf russische Flugzeuge von vergangener Woche. Am selben Tag veranstaltete Moskau fröhliche Wahlen in der Kriegsrepublik, aus der die Selbstmordattentäterinnen stammten. Es wird manipuliert wie einst in der Sowjetunion. Ein vergleichbarer Spagat gelang – und das auch nur vorübergehend – Diktatoren oder totalitären Systemen. Russland unter Wladimir Putin ist wieder eine ausgewachsene Diktatur noch ein totalitäres Regime. Weder gibt es einen Gulag noch eine menschenverachtende Ideologie. An ihre Stelle trat stattdessen ein menschenverachtender Zynismus einer politischen Elite, die außer Machterhalt und persönlichem Vorteil keine politische Vision besitzt. Dieser Zynismus ist egalitär, er macht keinen Unterschied zwischen ethnischen Russen, kaukasischen oder anderen Minderheiten. Er kennt keine moralischen Prinzipien, sondern basiert auf ethischem Nihilismus.

Das ist Russlands Fluch. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus war Moskau von der zi-

vilisierteren Welt nie weiter entfernt denn heute. Sie ist für Moskau kein Vorbild mehr, sondern eher ein Objekt mitleidigen Lächelns. Durch Mord und Totschlag hat Russland den islamistischen Fundamentalismus im Kaukasus erst aus der Taufe geholt – denn der im Gewohnheitsrecht eingebettete Sufismus der Tschetschenen hatte mit arabischem Fundamentalismus ursprünglich wenig gemein.

Durch die Politik des Schweigens macht sich Europa mitschuldig an der Tragödie und könnte bald selbst zum Schauplatz tschetschenischer Terrorakte werden. Vor allem aber lässt Europa die Aushöhlung der eigenen Fundamente durch Moskaus Zynismus und Nihilismus zu. Daran sollten Kanzler Schröder und Präsident Chirac zu Besuch bei Putin heute denken und auch daran, wofür sich der Fürst Dolgorukow vor 150 Jahren erübrte: „Unser Regierung hat der Lüge eine offizielle Organisation gegeben und sie zum Range einer politischen Institution erhoben.“ Der mutige Teil der russischen Restöffentlichkeit hat dem auch heute nichts hinzuzufügen. KLAUS-HEIGE DONATH

Gute Teilchen, böse Teilchen

Die Nanotechnik wird die Forschung revolutionieren. Doch der Umgang mit den winzigen Objekten birgt Gefahren. Denen muss sich die Wissenschaft endlich stellen

Vier Jahre nach dem Ende des Internetbooms sind erste Anzeichen eines neuen Hypes erkennbar. Sein Signum: das Kürzel „nano“, das sich anschiebt, die Rolle des „e-“ aus den Anfangstagen des World Wide Web einzunehmen. Schon macht sich an der New Yorker Wall Street eine nervöse Spannung breit, legen Investmenthäuser wie Merrill Lynch erste „Nano“-Börsenindizes auf.

Die meisten Zeitgenossen haben jedoch nur eine nebulöse Vorstellung davon, was Nanotechnik eigentlich ist. Denn noch gibt es keine charakteristische Anwendung in unserem Alltag. Das unterscheidet die Nanotechnik bislang von der Informationstechnik, die uns den PC bescherte, von der Biotechnik, die die künstliche Befruchtung hervorbrachte, oder der Gentechnik, die Bauern mit unnatürlichem Pestizidresistentem Saatgut konfrontiert.

Doch auch die Nanotechnik hat einen höchst realen Kern. Unter diesem Begriff werden sämtliche Technologien zusammengefasst, die Objekte manipulieren und nutzen, die kleiner als 100 Nanometer sind (ein Nanometer ist ein Millionstel Millimeter). Dazu gehören Moleküle und kleinste Metall- und Halbleiterteilchen ebenso wie biologi-

Selbstreinigende Fenster, Beschichtungen, die aus Sonnenlicht Strom machen, wen begeistert das nicht?

sche Zellapparate. Der deutsche Physikalpreisträger Gerd Binnig übertreibt nicht, wenn er feststellt, dass wir mit der Entstehung der Nanotechnik Zeugen „einer zweiten Genesis, einer grundlegend neuen Evolution von materiellen Strukturen“ werden.

Die könnte uns noch kleinere und leistungsfähigere Prozessoren, „maßgeschneiderte“ Werkstoffe, hochempfindliche Sensoren oder „intelligente“ Medikamente beschern. Die darauf aufbauenden Anwendungen klingen recht brauchbar. Wer könnte sich nicht für Fensterbeschichtungen begeistern, die sich selbst reinigen, für Therapien, die Tumore ohne chemische Keulen beseitigen, für hauchdünne Beschichtungen, die Sonnenlicht auf beliebigen Oberflächen in Strom umwandeln, oder für Speicherchips von der Größe einer Centmünze, die eine komplette DVD fassen. Kein Wunder, dass Nanoforscher, Venture-Kapitalisten und Finanzmärkte sich für die neue Epoche der Technik begeistern, die nun anbrechen soll. Wenn da nicht noch das „Kleingedruckte“ wäre, ohne das keine neue Technik je über uns gekommen ist.

Toxikologen haben die Nanotechnik nämlich unter die Lupe genommen und herausgefunden, dass einige Materialien durchaus heikel sind: unter anderem Nanoteilchen aus Titandioxid sowie zwei Molekülfor-

men des Kohlenstoffs, so genannte Nanotubes und Buckyballs. Während Erstere inzwischen in Sonnenmilch und Nanosolarzellen eingesetzt werden, gelten Letztere als Wundermaterial für künftige Computerschaltkreise und Medizinthemen.

Der Befund lautete: Titandioxid ist als Mikrokörnchen harmlos, als Nanoteilchen hingegen potenziell giftig. Nanotubes, hauchfeine lange Röhren, könnten ähnlich schädlich wie Asbestfasern sein; und Buckyballs haben Fischen Hirnschäden beigebracht.

Nun wurde diese Problematik erstmals von den kanadischen Aktivisten der ETC Group unter Volk gebracht. Anfangs forderten sie nichts weniger als einen einjährigen weltweiten Forschungsstopp in der gesamten Nanoforschung – angesichts der Diversität dieses Gebietes unsinnig. Da war es für die Wissenschaftler leicht, sich erübrt an den Kopf zu greifen.

Doch in den letzten Monaten hat sich die Lage geändert. Mit der Swiss Re, der zweitgrößten Rückversicherung der Welt, hat kürzlich erstmals ein Global Player die möglichen Gefahren von Nanoteilchen thematisiert. Vor zwei Wochen legten nun auch die jeglicher Panikmache unverdächtige Royal Society und Royal Academy of Engineering in Großbritannien gemeinsam eine Sicherheitsstudie über die Wundermaterialien vor. Fazit: Technisch produzierte Nanoteilchen sollten bis zum Beweis des Gegenteils erst einmal als potenziell gefährlich eingestuft werden.

Diese Beiträge kommen für die Nano-Gemeinde zur Unzeit. Das Eingeständnis eines ungeklärten Risikos könnte schließlich den üppigen Fluss der Forschungsmilliarden – 2004 waren es weltweit etwa 10 Milliarden Euro – womöglich an Auflagen binden. Also besser nichts kommentieren, um einer Regulierung zu entgehen?

Eine erstaunliche Haltung, da aus den Erfahrungen mit Atomkraft und Gentechnik klar sein müsste, dass das Ende umso dicker kommt, je später man sich der Schattenseiten einer neuen Technik annimmt. Aber in Sonntagsreden zeigt man sich lediglich besorgt, dass diese nicht in „falsche Hände“ geraten dürfe, und beteuert, man werde das Problem ernst nehmen.

Das ist naiv – und wird der Realität der Nanoforschung nicht gerecht. Zwar sind die wenigen echten nanotechnischen Produkte meist Werkstoffe, in denen Nanoteilchen fest in ein Trägermaterial eingebettet sind. Doch schon jetzt engagiert sich in einigen Ländern das Militär auf dem neuen Gebiet. Außerdem ist abzusehen, dass Bio- und Gentechnik, die seit Jahrzehnten mit DNS und Proteinen, also Molekülen, arbeiten, in der Nanotechnik aufgehen werden.

Auch wenn niemand Science-fiction-Nanoroboter entwickelt, sind von der Biologie inspirierte

Nanomachines sehr wohl Gegenstand diverser Forschungsgruppen in aller Welt. Drittens: Die Atomkraft hat den Unsinns einer sich neutralen Technik eindrucksvoll widerlegt, denn sie war nur um den Preis einer latent repressiven Sicherheitsinfrastruktur zu realisieren.

Die Nanoforscher können sich auch nicht länger über die maßlose Forderung eines Forschungsstopps seitens der Kritiker erübrten. Denn der wird nicht einmal mehr von der ETC Group vertreten. „Die ganze Pa-

Die Atomkraft hat den Unsinns einer an sich neutralen Technik eindrucksvoll widerlegt

lette von nanotechnischen Anwendungen mit einer einzigen politischen Maßnahme anzugehen hat keinen Sinn“, räumt Douglas Parr von der britischen Greenpeace-Sektion ein.

Was also tun? Der kanadische Abrüstungsexperte Sean Howard hat vorgeschlagen, in Analogie zum UNO-Abkommen über die friedliche Nutzung des Weltatoms, dem „Outer Space Treaty“, ein „Inner Space Treaty“ auszuarbeiten. Diese Analogie lässt sich sicher nicht eins zu eins umsetzen. Aber die Nano-Community selbst sollte beginnen, sämtliche vorstellbaren Anwendungen heutiger Forschungsprojekte zunächst einmal in eine „harte“ – nicht weiter zu verfolgende – und in eine „weiche“ Nanotechnik zu kategorisieren.

Unter die harte Nanotechnik könnten Objekte fallen, die Organismen oder biologische Prozesse schädigen oder unkontrollierbar verändern können, oder solche Technologien, die nur in zentralisierten Hochsicherheitsanlagen realisiert werden können. Die „weichen“ selbstreinigenden Fenster, Nanosolarzellen oder DVD-Speicher sind schon Fortschritt genug. Die Nanotechnik-Kritiker haben ausreichende Vorleistungen erbracht. Jetzt muss die Nanoforschung sagen, wie sie ihr Objekt sicher machen will. NIELS BOEING



Niels Boeing, 37, von Hause aus Physiker, hat bei der taz und der „Woche“ gearbeitet und ist heute freier Journalist. Sein Buch „Nano! Die Technik des 21. Jahrhunderts“ ist im Frühjahr bei Rowohlt Berlin erschienen.

die anderen über die entführten Journalisten im Irak

Der Pariser Figaro schreibt: Zu der Angst der Angehörigen tritt die Wut aller über diese Strategie der Feigheit, einen Einzelnen zu bedrohen, um den Staat zum Einlenken zu bewegen. Der Krieg ist hässlich, der absurde Terrorismus, der heute die Journalisten Georges Malbrunot und Christian Chesnot bedroht, ist abscheulich. Was hier auf dem Spiel steht, ist eine bestimmte Vorstellung, von der Freiheit zu erzählen. Wer auf solche Art Schicksale gefährdet, büßt jede Chance ein, verstanden zu werden. So bleibt nur die Hoffnung – auf die Erfolge der Diplomatie und darauf, dass die Entführer jenen in Bagdad und Paris Gehör schenken, die ihren Glauben teilen, ihre Methoden aber ablehnen.

Rzeczpospolita aus Warschau meint: Die Entführung der französischen Journalisten ist hinsichtlich der von den Terroristen gestellten Forderungen ein Präzedenzfall. Zum ersten Mal betreffen sie die Innenpolitik des Landes der Entführten. Frankreich ist ein Gegner der Offensive gegen islamische Terroristen, die Amerika nach dem 11. September verkündet hat. Die Forderungen zur Innenpolitik Frankreichs bedeuten, dass das Ziel der Terroristen die Einführung islamischer Ordnung überall dort ist, wo Muslime leben, und dass wir es mit einer ideologischen Kriegsführung wie in den Religionskriegen zu tun haben. Einen solchen Feind kann man nur besiegen.